

Terror in Washington

Israels berechnete Wut zielt auf die Falschen

REWERT HOFFER, JERUSALEM

Yaron Lischinsky hatte den Ring schon gekauft. In der kommenden Woche wollte sich der junge israelische Diplomat mit seiner Freundin Sarah Lynn Milgrim in Jerusalem verloben. Ausgerechnet bei einer Veranstaltung in Washington, bei der es um Hilfslieferungen in den Gazastreifen ging, fand das Glück des Diplomatenpaares ein jähes Ende. Der Attentäter soll «Free Palestine!» geschrien haben, als er die tödlichen Schüsse auf die beiden jungen Menschen abgab.

Israel ist schockiert und wütend – zu Recht. Auch die ganze Welt sollte es sein. Offenbar wurden die beiden Staatsdiener ermordet, nur weil sie Israeli und Juden waren. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu kündigte umgehend an, die Sicherheitsvorkehrungen an allen israelischen Auslandsvertretungen zu verstärken. Das ist konsequent. Antisemitischer und antisraelischer Terror existierte schon vor dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 weltweit und wird nach Ende des Gazakriegs nicht verschwinden.

Aber Israels weitere Reaktion auf den fürchterlichen Angriff zeigt: Die Netanyahu-Regierung ist dabei, sich zu verrennen. Ohne Not instrumentalisiert sie den Terror für Verbalattacken auf ausländische Partner.

Schnell war Netanyahu klar, was die Ursache des unentschuldbaren Angriffs war: Die Schüsse seien mit der «zügellosten Hetze» gegen Israel zu erklären. Das war nach einem solchen Attentat eine verständliche Reaktion. Aber seine Minister verschärften sogleich den Ton. «Das passiert, wenn führende Politiker auf der ganzen Welt vor der palästinensischen Terrorpropaganda kapitulieren», sagte Außenminister Gideon Saar. Der Minister für Angelegenheiten der jüdischen Diaspora, Amichai Chikli, sprach in aller Deutlichkeit aus, wovon die israelische Regierung offenbar ausgeht: «Der französische Präsident Emmanuel Macron, der britische Ministerpräsident Keir Starmer und der kanadische Premierminister Mark Carney haben alle auf unterschiedliche Weise die Kräfte des Terrors ermutigt.»

Frankreich, Kanada und Grossbritannien: Das waren einst enge Partner Israels, die alle nach dem Terrorangriff der Hamas ihre Solidarität mit dem jüdischen Staat bekundeten. Anderthalb Jahre später werden sie zu Prügelknaben in der aufgeheizten israelischen Debatte. Vor wenigen Tagen hatten die drei westlichen Staaten mit Konsequenzen gedroht, falls Israel seine Militäroffensive im Gazastreifen nicht einstelle.

Ohne Beleg macht ein Minister von Netanyahu Likud-Partei die Staatsführer Kanadas, Grossbritanniens und Frankreichs jetzt für die Ermordung

zweier israelischer Diplomaten verantwortlich – einen Tag nachdem israelische Soldaten Warnschüsse in Richtung einer diplomatischen Delegation abgegeben hatten. Israel, so scheint es, betreibt derzeit Aussenpolitik mit der Abrissbirne.

Aus europäischen Diplomatenkreisen in Jerusalem und Tel Aviv ist schon länger Frustration darüber zu vernehmen, dass sich Israel offenbar allein auf die USA verlässt – und vertraulich geäußerte Kritik entweder ignoriert oder darauf mit Frontalangriffen antwortet. In einer Welt, in der die internationalen Institutionen tendenziell israelfeindlich sind, und in einer Region voller Feinde wäre eher Kooperation statt Konfrontation angesagt. Weil aber Attacken auf ausländische Staaten bei der eigenen Bevölkerung gut ankommen, isoliert sich die israelische Regierung international Tag für Tag mehr.

Israel muss wachsam bleiben und darf die konstanten Bedrohungen für seine Staatsbürger und seine Sicherheit niemals ausser acht lassen. Mehr Wachpersonal und Stacheldraht vor israelischen Botschaften sind leider notwendig. Doch eines ist klar: Für langfristige Sicherheit braucht das kleine Land auch Vernetzung mit der Welt und Verständnis im Ausland. Statt sich nur einzubunkern, sollte Israel ferner darauf verzichten, seine Freunde in der Welt unnötig zu verprellen. Viele hat der jüdische Staat nämlich nicht mehr.

Weil Attacken auf ausländische Staaten bei der eigenen Bevölkerung gut ankommen, isoliert sich die israelische Regierung international Tag für Tag mehr.

Aktionärsdruck an der Generalversammlung

Der Swatch-Verwaltungsrat braucht eine neue Stimme

ANDREA MARTEL

Die Swatch Group steht an einem Wendepunkt. Das hat die Generalversammlung vom Mittwoch deutlich gezeigt. Aktionäre ausserhalb des Hayek-Umfelds äusserten ihren Unmut so klar wie nie: Nur 55 Prozent sprachen Verwaltungsrat und Geschäftsleitung die Décharge aus. Ein bedenkliches Ergebnis, zumal in der Schweiz alles unter 80 Prozent als Warnsignal gilt.

Mehr noch: Die Inhaberaktionäre stellten sich mit 62 Prozent hinter Steven Wood, einen amerikanischen Investor. Wood wollte für sie in den Verwaltungsrat einziehen. Doch zur Wahl kam es nicht: Die Swatch Group blockierte das Verfahren. Ob das rechtlich haltbar ist, müssen womöglich bald Gerichte klären. Oder Wood verlangt die Einberufung einer ausserordentlichen GV, um das Verfahren abzuschliessen. Die notwendigen 5 Prozent der Stimmen hat er laut eigenen Aussagen beisammen.

Dass Wood sich überhaupt zur Wahl stellte, war eine Folge des Umgangs der Swatch Group mit seinen Reformvorschlägen. Mehrere von ihm benannte Kandidaten seien abgelehnt worden, sagte er. Daraufhin habe er sich selbst ins Spiel gebracht. Er betonte: Es gehe ihm nicht um seine Person, son-

dern um die Idee, einen Vertreter der Inhaberaktionäre in den Verwaltungsrat zu bringen. Und dass die Inhaberaktionäre einen solchen Vertreter wollen, steht seit Mittwoch ausser Zweifel.

Natürlich geht es Wood in erster Linie darum, dass sein Investment in die Swatch Group an Wert gewinnt. Wenn er nach Ansicht der Swatch Group nicht der Richtige ist, um im VR mitzuwirken, kann sie einen eigenen Vorschlag machen. Sie hat durchblicken lassen, dass ein Schweizer oder jemand mit starkem Bezug zur Schweiz besser ins Unternehmen passen würde. Das ist legitim. Und es gibt sicher Personen, die dieses Profil erfüllen – und zugleich das Vertrauen der Inhaberaktionäre gewinnen könnten.

Ein solcher Schritt böte die Chance, das Vertrauen von Investoren und freien Aktionären zu stärken. Denn bis jetzt empfinden sich viele von ihnen als Statisten in einem Unternehmen, das an der Börse kotiert ist, aber wie ein privates Familienunternehmen geführt wird.

Ein unabhängiges Mitglied könnte Diskussionen bereichern, kritische Fragen stellen, auf Fehlentwicklungen hinweisen – ohne die Führung und die auf Langfristigkeit angelegte Strategie infrage zu stellen. Es geht vor allem um Perspektivenvielfalt. Gerade bei strategischen Themen ist ein wei-

ter Blickwinkel ein Gewinn. Zugleich wäre es ein deutliches Signal an den Kapitalmarkt: Die Swatch Group zeigt, dass sie externe Stimmen ernst nimmt und bereit ist, sich kontrolliert weiterzuentwickeln. Analysten und Investoren dürften das honorieren. Auch dem Aktienkurs, der sich in den vergangenen zwei Jahren halbiert hat, könnte ein solcher Schritt Auftrieb geben. Letztlich käme eine Öffnung auch Mitarbeitenden und Kunden zugute.

Natürlich lässt sich nicht ausschliessen, dass ein neuer Vertreter zunächst Unruhe bringt ins Gremium. Aber genau das braucht die Swatch Group. Heute besteht der Verwaltungsrat zu 70 Prozent aus Personen, die längst im Pensionsalter sind und seit mehr als 15 Jahren im Amt. Dass dies die geeignete Aufstellung ist, um einen Weltkonzern zu führen, darf bezweifelt werden. Umso bemerkenswerter ist es, dass offenbar niemand im Gremium den Impuls verspürt, einer jüngeren Stimme Platz zu machen. Sogar der frühere Nationalbankpräsident Jean-Pierre Roth lässt sich für die Blockadepolitik einspannen.

Am Ende steht eine grundsätzliche Entscheidung: Will die Swatch Group ein börsenkotiertes Unternehmen bleiben? Dann gilt es, die fundamentalen Rechte von Aktionären und der Finanz-

gemeinde zu respektieren. Oder soll der Uhrenkonzern zu einem privat geführten Konzern mit familiärer Kontrolle werden? Nick Hayek hat wiederholt gesagt, dass er sein Unternehmen am liebsten von der Börse nehmen würde. Aber dann auch immer wieder nachgeschoben, dass das zu teuer und deshalb nicht möglich sei.

Die Option besteht jedoch durchaus. Der faire Marktwert der Firma dürfte bei rund 15 Milliarden Franken liegen. Ein Übernahmeangebot würde die Hayeks 11 bis 12 Milliarden kosten, da sie bereits rund einen Viertel des Kapitals besitzen. Ein Grossteil des Kaufpreises liesse sich über Kredite finanzieren, zumal die Swatch Group heute schuldenfrei ist. Und wenn sich die ganze Swatch Group doch als eine Schuhnummer zu gross erweisen sollte, gäbe es immer noch die Möglichkeit, die eine oder andere Marke zu verkaufen – einige sind Milliarden wert.

Aber wäre eine kleinere, dafür private Swatch Group wirklich der bessere Weg? Von aussen betrachtet erscheint ein Zeichen der Öffnung vielversprechender. Die Einbindung eines unabhängigen Vertreters – gewählt oder vorgeschlagen im Dialog – wäre ein pragmatischer Kompromiss. Und eine Chance, die Swatch Group auf ihrem eigenen Weg zukunftsfähig zu machen.

Mangelnde Sprachkompetenzen von Schülern

Weg mit Frühfranzösisch

CHRISTINA NEUHAUS

Was hat die Schweiz nicht alles erfunden! Die Knoblauchpresse, das Cellophan und vor allem Wilhelm Tell, den Robin Hood der Innerschweiz, den Gründervater der direkten Demokratie. In Basel hat es die Schweiz allen gezeigt. Wir sind wieder wer! Oder um es mit Basels Regierungspräsident Conradin Cramer zu formulieren: «Unsere wildest dreams sind true gekommen.» Am Eurovision Song Contest in der St.-Jakobs-Halle hat sich die Schweiz als Land präsentiert, dem alles gelingt, wenn es nur will. In einer gewissen Weise trifft das sogar zu. Das kleine Land hat gemessen an seiner Grösse überdurchschnittlich viele Genies hervorgebracht: grossartige Autoren, grossartige Architekten, grossartige Wissenschaftlerinnen.

Überdurchschnittlich ist die Schweiz allerdings auch darin, sich den Durchschnitt grosszureden. Das wahrscheinlich teuerste Schulsystem bringt Kinder hervor, die immer schlechter rechnen und lesen können, wie der internationale Pisa-Test seit Jahren zeigt. Die Abwärtstendenz bestätigt sich auch in einem Bericht, den die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) am Donnerstag in Bern vorgestellt hat. Gemessen wurde die Sprachkompetenz der Elftklässler.

Wer die Medienkonferenz verfolgte und das Papier nur oberflächlich las, war beruhigt. Offensicht-

lich gibt es grosse Unterschiede zwischen den Kantonen, grundsätzlich ist man aber ganz zufrieden mit dem Erreichten. Wer sich den Bericht genauer anschaut, kommt allerdings nicht umhin, sich Gedanken über den Zustand der helvetischen Bildungsindustrie zu machen: Nur 51 Prozent der Kinder ab der 11. Klasse erreichen im Französisch Grundkompetenzen, immerhin 56 Prozent können einfache Sätze wie «Où est la poste?» verstehen. In den schwächsten Klassen kommen allerdings nur gerade 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler auf das Grundniveau. Ungeschönte Zusammenfassung: Die Deutschschweizer Schülerinnen und Schüler können, obwohl sie jahrelang Französisch lernen müssen, ausser «Je ne parle pas français» kein Wort Französisch.

Ob «On y va» oder «Envol» – das Elend bleibt dasselbe. Die Kinder quälen sich mit offenbar mässig tauglichen Lehrmitteln durch eine Sprache, die sie im Austausch mit Gleichaltrigen aus der Westschweiz viel einfacher lernen würden. Oder – um es mit Eugen, der einem famosen Schweizer Kinderbuch seinen Namen gegeben hat, zu formulieren: Sie spazieren nach wie vor auf Seite 23 im Subjonctif nach Genf, um dann auf Seite 27 im Conditionnel zurückzuspazieren. Eine Studie von PwC Schweiz hat kürzlich ergeben, dass Kantone und Gemeinden im Bereich der staatlichen Leistungen fast 14 Milliarden Franken gezielter einsetzen könnten. Das Bil-

Die Kinder quälen sich durch eine Sprache, die sie im Austausch mit Gleichaltrigen aus der Westschweiz viel einfacher lernen würden.

dungswesen ist im Vergleich zum Sozial- oder Strassenwesen zwar verhältnismässig effizient organisiert, bietet aber das grösste Optimierungspotenzial.

Wo sich ein Effizienzgewinn problemlos erzielen liesse, wissen Lehrpersonen und Schulkinder schon lange: Es ist das Frühfranzösisch. Schon vor dessen Einführung haben Studien aus Deutschland ergeben, dass Kinder, die sehr früh eine Zweitsprache lernen müssen, am Ende der Schulzeit nicht mehr können als die Kolleginnen und Kollegen, die erst auf der Oberstufe mit dem Fremdsprachenunterricht begonnen haben. Eine besondere Belastung ist das Frühfranzösisch für Kinder, die Deutsch als Zweitsprache lernen. Appenzell Ausserrhodens hat das Frühfranzösisch deshalb kürzlich wieder abgeschafft, und andere Kantone könnten folgen. Auch die Politik hat den Sprachenstreit längst entdeckt. Die FDP etwa will den Fremdsprachenunterricht wieder ganz aus dem Stundenplan der Primarschulen streichen.

Nach der deprimierenden Lektüre der am Donnerstag präsentierten Studie kann man eigentlich nur zu einem Schluss kommen: Weg mit dem Frühfranzösisch und her mit Sprachaufenthalt und Schüleraustauschen ab der Oberstufe! Wenn die Kinder nach fast 50-jährigem Geknorze mit Frühfranzösisch immer noch nicht mehr zustande bringen als «Oh là là, ma viande est dure», wird es Zeit, sich das Scheitern einzugestehen.